

Russland bremst Reform des Straßburger Gerichts - Meinung

04/04/2007 15:55 MOSKAU, 04. April (RIA Novosti). Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) bereitet im Moment keinen Bericht vor, in dem gegen Russland, das auf die Ratifizierung des 14. Protokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention verzichtet hat, Sanktionen vorgeschlagen werden.

Das Protokoll reglementiert die Reformen des Straßburger Gerichts.

„Es wird kein Bericht über diese Frage (14. Protokoll) vorbereitet“, sagte Konstantin Kossatschow, Leiter der russischen Delegation in der PACE, in einem Interview für RIA Novosti. Das Interview fand nach seinem Treffen in der Staatsduma mit Dick Marty, Vorsitzender der PACE-Kommission für juristische Fragen, und Günther Lindner, Vorsitzender der analogen Kommission für Monitoring, statt.

Am 20. Dezember 2006 weigerte sich die Staatsduma, das 14. Protokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu ratifizieren. Für die Ratifizierung des Protokolls stimmten nur 27 Abgeordnete bei notwendigen 226 Stimmen. Das Protokoll verlängert die Amtszeit der Richter von sechs auf neun Jahre, was, wie Beobachter meinen, zur Erhöhung der Kompetenz des Gerichtes beitragen werde.

Außerdem soll nunmehr ein Richter statt früher drei darüber entscheiden, ob eine Beschwerde zur Prüfung anzunehmen ist. Laut den Urhebern des Dokumentes soll das die Verhandlung beschleunigen. Im Protokoll ist die Rede ferner von einer Vereinfachung der Prozedur zur Beschwerdeannahme und von einer verstärkten Kontrolle über die Tätigkeit des Gerichtes. Die Beschwerden sollen außerdem unter Teilnahme des Kommissars des Europarates für Menschenrechte behandelt werden.

Die Ablehnung des Dokumentes durch das russische Parlament hatte dessen Ausschuss für Zivil- und Strafrecht angeregt. Wie es hieß, sind einige Normen des Protokolls für die russische Seite unannehmbar.

Mit diesem Beschluss hat Moskau faktisch die vom Europarat beabsichtigte Reform des Gerichts gebremst, da das Hauptziel des Protokolls darin besteht, die Effektivität seiner Arbeit zu erhöhen. Wegen der EU-Erweiterung hat die Zahl der Beschwerden im Straßburger Gericht zugenommen. Zurzeit liegen über 80 000 unerledigte Beschwerden vor.

Russlands Weigerung, das Dokument zu ratifizieren, hat im Europarat eine negative Reaktion ausgelöst. Der Generalsekretär der Organisation, Terry Davis, erklärte gleich nach der Ablehnung, ihn habe diese Entscheidung enttäuscht.

Auf der PACE-Tagung in diesem Januar beschlossen die Europa-Parlamentarier, die Ablehnung der Ratifizierung durch Russland sofort zu erörtern. Während der Diskussion verwiesen die Parlamentarier darauf, dass Russland das einzige Mitgliedsland des Europarates sei, welches das 14. Protokoll nicht ratifiziert hat.

In seinem Kommentar zu diesem Thema gab der Parlamentarier aus der Schweiz Dick Marty zu, dass der Beschluss auf demokratischem Wege gefasst wurde. Gleichzeitig forderte er Russland auf, das Dokument zu ratifizieren.

Im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen zweitägigen Moskau-Besuch von Marty und Lindner betonte Kossatschow: „Sie sind nicht als Berichterstatter gekommen, sondern im Auftrag des Büros als Leiter der entsprechenden Kommissionen.“ Wie er hinzufügte, „sind das zwei auf diesem Gebiet äußerst kompetente Gesprächspartner“.

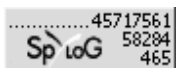
Der Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für internationale Angelegenheiten hält die Ankunft der Europarlamentarier für „sehr wichtig, denkt man daran, dass die erdrückende Mehrheit der Duma-Abgeordneten, in der ausnahmslos alle Fraktionen vertreten sind, in dieser Frage vorläufig keine feste Position bezieht“. Er erläuterte: Heute seien „die Zahl der überzeugten Anhänger der Ratifizierung, zu denen ich auch mich rechne, und die Zahl der überzeugten Gegner ungefähr gleich“.

„Wir empfanden keinen Druck, im Gegenteil, wir fühlten eine respektvolle Einstellung zur heutigen Position der Staatsduma“, berichtete Kossatschow über das Treffen. „Wir hörten die Versicherung, dass die europäischen Parlamentarier jede Position der Staatsduma, wie sie letztendlich auch ausfallen wird, respektieren werden“, fügte er hinzu.

Zugleich damit sagte Kossatschow: „Selbstverständlich ist es der Standpunkt der PACE-Vertreter, dass die Ratifizierung des 14. Protokolls und natürlich die Reform des Gerichts in Übereinstimmung mit diesem Protokoll unter anderem auch im Interesse der Russischen Föderation läge.“

Auf die Frage, ob die Ratifizierung dieses Dokumentes jetzt möglich sei, antwortete der Gesprächspartner der RIA Novosti: „Vom technischen Standpunkt aus ist sie ab dem Zeitpunkt möglich, als der dafür zuständige Ausschuss den entsprechenden Beschluss fasst“.

Abschließend sagte Kossatschow: „Je weiter die Frage der Ratifizierung durch Russland aufgeschoben wird, um so mehr Emotionen wird das auslösen und um so mehr Leute wird es geben, dieses Thema nur zu gern gegen Russland wenden würden.“



© 2005 RIA Nowosti